

## Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:  
Wellandstraße 58  
73434 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



# Kiesewetter kompakt 13/14/2011

## Papst Benedikt XVI. in Deutschland

Oberhaupt der katholischen Kirche spricht im Deutschen Bundestag

Im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland vom 22. bis 25.09. besuchte Papst Benedikt XVI. auch den Bundestag und sprach im Plenarsaal zu den Abgeordneten. Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche mit Zustimmung aller Fraktionen eingeladen, im deutschen Parlament eine Rede zu halten. Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten sprach Benedikt etwa eine halbe Stunde lang. Nach dem Tod Johannes Pauls II. wählte ihn das Konklave am 19. April 2005 zum 265. Papst. Er gab sich den Papstnamen Benedikt XVI. Er ist der erste deutsche Papst seit 1523 und das erste Oberhaupt der katholischen Kirche, das vor dem deutschen Parlament sprach. In der 62-jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages ist er das 13. amtierende ausländische Staatsoberhaupt, das eingeladen wurde, zu den Abgeordneten zu sprechen. Die „historische Bedeutung“ dieses Besuches hatte der Bundestagspräsident bereits im Vorfeld betont. In allen Fraktionen gebe es einen „ganz breiten Konsens“, so Lammert, dass die „seltene und zu unser aller Lebzeiten vermutlich auch nicht wiederholbare Gelegenheit, einen deutschen Papst in der deutschen Hauptstadt begrüßen zu können, auch durch eine Einladung, vor dem Bundestag zu sprechen, begleitet werden sollte“. Dass Benedikt XVI. die Ökumene in Deutschland ein „besonders wichtiges Anliegen“ ist, hatte Lammert im Anschluss an eine Privataudienz im Vatikan am 30. Mai betont. Gemeinsam mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) war Lammert nach Rom gereist, um mit dem Papst über die bevorstehende Deutschlandreise zu sprechen. Lammert hatte Frau Göring-Eckardt, die

ebenfalls Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist, gebeten, ihn zu begleiten, „um auf diese Weise deutlich zu machen, dass auch und gerade aus der Perspektive des Deutschen Bundestages sich ein sehr starker Akzent der Erwartung auf das Thema Ökumene richtet“, sagte er. Im Anschluss an seine Ansprache im Bundestag traf der Papst auch mit Vertretern der jüdischen Gemeinde zusammen. Zum Abschluss seines Berlinbesuches hielt er vor 70.000 Besuchern, bei der Feier der Heiligen Messe im Berliner Olympiastadion die Predigt. Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Flachsbarth, betonte, dass Deutschland ein weitgehend christlich geprägtes Land sei, in dem die katholische Kirche unter Vertrauensverlust leide. Sie äußerte die Hoffnung, dass der Papstbesuch eine Gelegenheit sei, Vertrauen zu schaffen. Fragen der Religionsfreiheit, insbesondere der Lage bedrängter und verfolgter Christen in aller Welt, hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zum Auftakt der Sitzungswoche des Bundestages und des Deutschland-Besuchs von Papst Benedikt XVI.

### Reform der Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt

Der anhaltende Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ist der Unionsfraktion Ansporn und kein Ruhekitzel. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten unter die 3-Mio-Marke gesunken. Zum ersten Mal wird nach einer Wirtschaftskrise auch ein deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit verzeichnet. Insbesondere für Menschen, die

bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Auf diesem Erfolg ruht sich die christlich-liberale Koalition allerdings nicht aus, sondern geht nach der Reform der Jobcenter und der Reform des Leistungsrechts in dieser Woche mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die dritte große Baustelle an. Im Zentrum der Bemühungen steht dabei, durch eine wirkungsvollere Förderung den arbeitsuchenden Menschen schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen. Gleichzeitig wird in der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu geordnet. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitssuchende mit genau der Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht.

Deshalb schafft die Bundesregierung mit dem in dieser Woche in 2. und 3. Lesung verabschiedeten „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Hintergrund: War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisches deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Mio auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

### Anti-Terror-Regelungen verlängert

Deutschland steht auch zehn Jahre nach dem 11.09.2001 weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Am 02.03.2011 wurde auf dem Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag auf deutschem Boden verübt. Mehrere Anschläge wie jene der „Kofferbomber“, der „Sauerlandgruppe“, der „Düsseldorfer Zelle“ sowie jüngste Anschlagplanungen in Berlin wurden verhindert. Die christlich-liberale Koalition setzt alles daran, die Menschen in Deutschland vor Anschlägen zu schützen. Oberstes Ziel ist es, terroristische Strukturen zu erkennen und zu zerstören. Deshalb wurden in dieser Woche drei wichtige Vorhaben im Deutschen Bundestag beraten: Durch das „Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes“ (Terrorbekämpfung), mit dem der Großteil der Anti-Terror-Regelungen um weitere vier Jahre verlängert wird, bleiben alle

Terrorismusabwehrbefugnisse der Nachrichtendienste des Bundes, die sich als unverzichtbar erwiesen haben, erhalten. Das „Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes“ ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus. Es ergänzt die im Visumverfahren bereits bestehenden Prüfmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit. Die Visa-Warndatei hilft zu erkennen, ob jemand aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen möchte. Schließlich das „Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention“, durch das der Wirtschaftsstandort Deutschland wirksamer vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschützt wird. Mit diesen Maßnahmen werden den Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente an die Hand gegeben, um Terrorpläne aufzudecken. Sie werden auch künftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten.

### Zitat

«Es gibt noch einen Bruderle im Bundestag, Siggis Bruderle.»

(MdB Siegfried Kauder während einer Rede von Minister Bruderle über seinen Bruder Volker Kauder).

### Persönliche Notizen

#### 1. Papstbesuch

Höhepunkt war diese Woche eindeutig der Besuch unseres Papstes im Reichstag. Aus seiner Rede, die ich Ihnen mit dieser Mail beifüge, sind 2 Sätze für mich grundlegend: "Die Politik muss Mühen um Gerechtigkeit sein und so die Grundvoraussetzung für Friede schaffen." ... "Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers". Streben nach persönlichem Erfolg ist für ihn keine Kategorie, die Politiker auszeichnen sollte. Die Schwäbische Zeitung gibt heute sehr zutreffend meine persönlichen Eindrücke von der Papstrede wieder: <http://bit.ly/rmsK6p>

#### 2. Wahlkreis

Die "Sommerpause" war mir willkommene Gelegenheit "unterwegs für Jugend und Familie" rund 60 soziale Einrichtungen im gesamten Wahlkreis zu besuchen, Dank allen Organisatoren. Ein "Highlight" war wiederum die dreitägige Wanderung

während der Sommeraktionstage, herzlichen Dank allen, die mitgemacht haben. Unsere CDU-Familie war sehr aktiv und hatte tolle Ideen, die ich gern aufgegriffen habe.

Meine Frau und ich haben uns im August zwei Wochen Urlaub längs der Straße der Romanik gegönnt, Kultur, Natur und Erholung pur in einer guten Mischung.

Zwei Artikel aus Cicero und der Schwäbischen Zeitung, die meine Arbeit für Sie beschreiben, möchte ich Ihnen empfehlen: Cicero - Berliner "Parlamendspurt" <http://bit.ly/nbPKqV> sowie Schwäbische Zeitung - Treibstoff: Ein CDU-Politiker drängt auf die Energiewende <http://bit.ly/qvN7cN>

### 3. Berlin

Ergänzend zur Berichterstattung der Fraktion im 1. Teil von Kiese Wetter Kompakt ein paar Infos zu meiner Arbeit.

In den letzten beiden Sitzungswochen hatte ich eine Reihe Besuche von Schulklassen aus Wasseralfingen, Aalen und Gerstetten. Aber auch Gäste von Pfarrer Golla aus Wasseralfingen und die Senioren Union Ostalb. Hinzu kam eine zweitägige Reise nach Albanien, wo ich als Delegationsleiter auf den Premierminister, den Außenminister und die Parlamentspräsidentin traf. Hier ging es darum, verfrühte Hoffnungen auf eine baldige Verleihung des EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Wegen der Entwicklung der Euro- und Finanzkrise habe ich eigentlich wichtige Reisen nach USA, Indien/Pakistan und nach Brasilien im nächsten Quartal abgesagt. Solche Reisen sind wichtig, um in diesen Staaten notwendige Kontakte zu pflegen und für unser Land und seine Positionen zu werben, ich halte heuer aber meine Anwesenheit in sitzungsfreien Wochen vor Ort im Wahlkreis in der gegenwärtigen Lage für wichtiger, Zeit für viele Veranstaltungen zu aktuellen Themen bei uns.

### 4. Euro?

Ich erhalte sehr viele Emails und Anfragen zum Euro und stelle mich dem Thema auch in etlichen Wahlkreisveranstaltungen. Es geht sicherlich auf den ersten Blick um die sogenannte "Griechenland-Rettung". Aber nur auf den ersten Blick. Griechenland hat so viele Einwohner wie Baden-Württemberg und die Wirtschaftsleistung von Hessen. Das wäre doch wirklich zu schultern. Im Grunde aber ist Griechenland nur eine Umschreibung für Zeitgewinn, es geht darum, dass andere in ihrer Finanzstabilität gefährdete Staaten der Euro-

Zone ihre Hausaufgaben machen, also Verbesserung des Steuersystems, Anpassung der Zurruesetzungszeiten, Einführen von Schuldenbremsen und anderen längst überfälligen Vorsorgemaßnahmen. Außerhalb der Euro-Zone geht es um unser internationales Finanzsystem, das durch die hohe Verschuldung der USA gefährdet ist. Bei aller in Teilen berechtigten Kritik an den Rettungsschirmen wie EFSF und ESM fehlen mir von den Gegnern dieser Vorsorgemaßnahmen konkrete Alternativen. Ich sehe bisher keine überzeugende konstruktive Kritik, im Gegenteil, zu jeder Auffassung gibt es mindestens einen Professor, der medial gekonnt, seine Auffassungen vorzüglich darstellt. Die Fehler wurden in der Vergangenheit gemacht, schon mit der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone, später beim Aufweichen der EU-Stabilitätskriterien 2003 durch Deutschland usw. Aber es hilft nichts, jetzt auf die Fehler der Vergangenheit zu schimpfen, die Zukunft "klemmt". Welche Auswege gibt es denn? Einige Beispiele: 1. Aufbau einer europäischen Wirtschaftsregierung, die neben der Währungsunion zwingend ist: dazu müssten Vertragstexte geändert werden, allein der Gesetzgebungsprozess würde 3-5 Jahre dauern, ist aber notwendig. 2. Der Austritt von Griechenland und ggf. anderen aus der Euro-Zone: das wäre dann sinnvoll, wenn die Krise auf die Eurozone beschränkt wäre, es ist aber ein globales Problem und würde nichts an der Verschuldung von Griechenland ändern, außer dass die Schulden in € bestehen bleiben und mit einer viel weicheren Währung zurückbezahlt (??) werden müsste. 3. Die Einführung sogenannter Eurobonds, also Schuldverschreibungen der Europäischen Zentralbank: hier würde sich der Zinssatz für griechische Staatsanleihen fast halbieren (z.Zt. ca. 18%), für Deutschland würden sie sich von 2,5% auf ca. 5% erhöhen, statt rund 35 Mrd € Zinsen müsste Deutschland im Jahr rund doppelt so viel bezahlen, dafür haben wir tatsächlich kein Geld. Eurobonds sind erst dann eine wirksame Lösung, wenn es eine bessere Wirtschafts koordinierung von Brüssel aus gibt und sie nur vergeben werden, wenn Kriterien eingehalten werden, so weit sind die meisten Staaten der Eurozone noch nicht. 4. Kontrollierte Entschuldung von Griechenland, der sogenannte "Haarschnitt/haircut": dies würde zur Halbierung der Schulden, besser zum Forderungsverzicht führen, die Gefahr ist, dass dies dann aber auch andere Staaten der €-Zone anstreben und es zu tatsächlichen Abschreibungen bei Versicherungs- und Pensionsfonds führt, die einen echten Vermögensrück-

gang vieler Anleger, auch der privaten, in Europa zur Folge hätten.

Eine Rückkehr zur D-Mark wäre für uns als Exportnation kein Ausweg, unsere Exporte würden einbrechen.

Allerdings, je größer und weiter die Rettungsschirme gefasst werden, je größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch ausgenutzt würden. Deshalb bin ich kein Anhänger von noch größeren Rettungsschirmen. Für unser Land bedeutet ein Rettungsschirm in der €-Zone Bürgschafts-/Zahlungsverpflichtungen von etwa 28% der Gesamtsumme, in der EU insgesamt haben wir einen Anteil von ca. 22% im Kostenschlüssel.

Abschließend und aufmunternd: unser Land exportiert über 60% seiner Erzeugnisse in die EU, über 40% in die €-Zone. Deutschland hat im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in der EU noch eine sehr starke industrielle Basis, Handwerker, Techniker, Ingenieure (Frauen eingeschlossen ;-), die von ihrem Können und ihren Fähigkeiten ihres gleichen in Europa suchen. Wir sollten also weiter in Innovation, Bildung und Ausbildung investieren und die Gewinne, die unser Land durch den Drang in deutsche Kapitalmarktpapiere, insbesondere Staatsanleihen erfahren, in die eigene Konsolidierung unserer Staatsfinanzen investieren.

Ich bin gerne bereit, dieses uns alle berührende Thema breit zu diskutieren und mich mit Ihnen weiter auszutauschen, gern auch auf Veranstaltungen unserer Gliederungen.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

